

## Wir sind heute hier, um gegen Abschiebungen zu demonstrieren

Laut Tagesspiegel vom Anfang dieses Jahres sind 21.000 Menschen in Berlin von der Abschiebung bedroht. 2004 wurden durchschnittlich fünf Menschen pro Tag in Berlin abgeschoben. Das bedeutet Auslieferung an Verfolgerstaaten, die nicht selten mit Folter und Tod endet. Abschiebung von Menschen, die sich größtenteils mit der Familie hier seit Jahren eingelebt haben, bedeutet nichts anderes als ein zerstörerischer Einschnitt in ihrer Lebensgeschichte.

Bundesweit leben 217.000 Menschen nur mit einer Duldung. Sie müssen jederzeit mit einer Abschiebung rechnen. Dieser unerträgliche Zustand der Unsicherheit führt bei den Betroffenen zu Verzweiflung, Perspektivlosigkeit und seelisch-körperlicher Belastung. Dieser Zustand ist Folge einer seit jahrzehnten betriebenen Politik der Abschottung, Ausgrenzung und Erniedrigung. Diese Politik basiert auf einem gesellschaftlichen Konsens, der z.B. 1993 im sog. Asylkompromiss gipfelte. Mit diesem Kompromiss hat die Politik die Forderungen des von ihr selbst geförderten rassistischen Mobs umgesetzt.

Die Europäische Union ist gleichzeitig eine Union der Abschiebungspraxis. In Zukunft sollen noch viel mehr Menschen mittels Sammel-Charterflügen außer Landes geschafft werden. Die Initiative zu den Sammeldeportationen ging von den sog. G5-Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und England) aus. Am 5. Juli 2005 haben sie in Evian (Haute-Savoie) beschlossen, Abschiebungen in Zukunft koordiniert durchzuführen. Im Januar 2004 hat der EU-Gipfel in Dublin ein Budget von 30 Millionen Euro für die Sammelabschiebungen in den Jahren 2005 und 2006 zur Verfügung gestellt. **Damit Flüchtlinge erst gar nicht Europa betreten, wird die Festung Europa massiv mit Auffanglager ausgestattet.**

Abschiebung bedeutet die Betroffenen mutwillig in Lebensgefahr zu bringen. Schon die Durchführung der brutalen Abschiebung endet für Einige mit dem Tod. Diese Praxis ist eine extreme Form von Rassismus, dem wir entschieden entgegentreten. Europäischen Staaten und ihren Gesellschaften sollte es klar sein: Wir sind nicht „Nutzniesser“ dieses vermeintlichen Wohlstands, wie es oft verleumderisch behauptet wird. Der Reichtum dieser Länder beruht auf der Ausplünderung unserer Länder. Wir sind hier, weil unsere Länder durch westliche Länder ausgebeutet und zerstört werden; wie z.B. in Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Kurdistan, Kolumbien, Togo, Kamerun, Iran usw. **Während tausende von Flüchtlingen mit Unrecht und unter bedrohlichen Bedingungen lange Zeit in Abschiebehäft festgehalten werden, können sich millionen von Europäer in unseren Herkunftsländern als privilegierte Touristen frei bewegen.**

In Deutschland Flüchtling zu sein bedeutet, unter Sondergesetzen zu leben.

Dazu zählt insbesondere:

- die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf einen Landkreis, die sich Residenzpflicht nennt,
- Demütigung durch Lebensmittelgutscheine und 40,- € Taschengeld im Monat,
- Gefangennahme in Sammellager und Abschiebehäft,
- Widerruf der ohnehin sehr geringen Anzahl der Asylanerkennungen, die 1,6 % beträgt.

Auch das Leben der MigrantInnen in Deutschland wird durch Rassismus, Ausgrenzung und Generalverdacht bestimmt. **Nicht nur das Wahlrecht wird ihnen verwehrt, sondern jede Form der politischen Betätigung wird kriminalisiert und untersagt.**

Ein menschenwürdiges Leben wird Flüchtlingen und MigrantInnen systematisch verweigert; denn die „westliche Zivilisation“ braucht ihre Feindbilder, um sie für soziale Missstände, Kriminalität, Terrorismus etc. verantwortlich zu machen. An ihnen werden soziale Degradierung und die verschiedensten Formen der kapitalistischen Repression zuerst angewendet.

Wir haben es satt, ständig auf die unerträglichen Zustände und die Kontinuitäten des Kolonialismus hinzuweisen. Wir appellieren nicht an das Gewissen der „bürgerlichen Demokratie“.

Wir stellen nur klar: Wir haben ebenfalls ein unveräusserliches Recht auf ein menschenwürdiges Leben, für das wir immer und überall kämpfen werden.

Wir appellieren an die MigrantInnen und Flüchtlingen:

Lassen wir uns nicht aufteilen in „gute“ und „böse“ MigrantInnen und Flüchtlingen. Keiner außer uns ist die Kraft, die mit diesen Zuständen Schluss machen kann. Nur mit einer internationalistischen Haltung, Solidarität und Selbstorganisation haben wir die Chance, wirkungsvoller zu agieren.

Glücklich sind wir erst dann, wenn alle das sagen können.

Wir werden immer wieder ausrufen:

- Schluss mit den entwürdigenden Lebenszuständen in Deutschland,
- Weg mit den rassistischen Sondergesetzen und den Abschiebungen !
- Bleiberecht für alle - jetzt sofort!
- Stop Abschiebungen, ohne wenn und aber!

Unsere Agenda heißt: Gemeinsamer Kampf um gleiche Rechte!

Zu dem Parteien

## **SPD und Bündnis 90/Grüne**

7 Jahre rot-grüne Regierung steht für Ausgrenzung, Rassismus, Abschottung und Krieg sowohl nach Innen als auch nach Aussen. Die Worte wie Multikultigesellschaft, Integration und Menschenrechte, die auch heute wieder in den Wahlprogrammen stehen, sind nichts anderes als Lügen. Das neue Zuwanderungsgesetz ist ein rassistisches Begrenzungs- und Steuerungsgesetz. Die unerträglichen Lebensumstände und Abschiebungen, denen die Flüchtlinge ausgesetzt sind, entstehen als Folge der unmenschlichen Abschreckungs- und Kriminalisierungspolitik dieser Parteien. Diese sich immer noch als links ausgebende Parteien, haben bewiesen, dass sie nur den Interessen der weissen Machthabern dienen.

Schily als Sinnbild des widerlichen Polizeistaates repräsentiert das wahre Gesicht der Bundesregierung. Die von ihm in enger Zusammenarbeit mit Beckstein favorisierten Anti-Terrorgesetze nach dem 11.September dienen der Kategorisierung aller Nicht-Deutschen als Terroristen. Diese Geisteshaltung reiht sich ein in die Kontinuität des Rassismus in Deutschland.

Das Verbot der prokurdischen Tageszeitung „Özgür Politika“ ist das neueste Beispiel der Repression, Kriminalisierung und Hetze gegen eine migrantische Gruppe, die sowohl in der Türkei als auch in Deutschland zur Zielscheibe reaktionärer Kräfte ist. Innenminister Schily will damit unter anderem rechte Stimmen mobilisieren. Kurden gehören zu den Flüchtlingen, die am meisten von der Abschiebung betroffen sind.

Die tödliche Abschiebep Praxis wurde auf der letzten Innenministerkonferenz bestätigt. Die Bundesregierung spielt in der europaweiten Koordinierung der Sammelabschiebungen und der Auffanglager an der Grenze von Europa eine Vorreiterrolle.

Die Unsäglichkeiten dieser Parteien als politische Vertreter von Deutschland sind so viel, dass man sie nicht alle aufzählen kann und braucht. Am 18.September wünschen wir diesen Parteien nicht nur eine herbe Niederlage sondern auch einen Abschuss in die Bedeutungslosigkeit.

## CDU

Wir sind hier vor dem Parteisitz der CDU, um die rassistische Politik dieser Partei zu verurteilen.

Immer wieder in Wahlkampfzeiten schürt die CDU altbekannte Vorurteile gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, um damit das Wahlvolk zu erreichen.

So werden die Flüchtlinge und MigrantInnen als Sündenböcke für die Wirtschaftsmisere und die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht und damit die Stimmung gegen die Ausländer geschürt.

- Der CDU-Politiker Roland Koch hat 1999 mit einer offen ausländerfeindlichen Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft die Landtagswahlen in Hessen gewonnen.
- Jürgen Rüttgers – der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen – versuchte im Jahr 2000 auf die gleiche Weise im Landtagswahlkampf Stimmung zu machen. Seine Wahlkampagne lief unter dem Slogan "Kinder statt Inder".
- Auch die Diskussion um den Begriff der "deutschen Leitkultur", der sich Einwanderer unterzuordnen hätten, wurde von einem CDU-Politiker in Gang gesetzt.
- Und nicht zuletzt die ganze Diskussion um das neue Zuwanderungsgesetz hat gezeigt, dass die Linie dieser Partei vor allem mit Hetze und Ausgrenzung zu tun hat.

Wenn es nach der CDU geht, gibt es hier keinen Platz für Flüchtlinge. Die CDU zeichnet immer wieder in der Öffentlichkeit ein realitätsfernes Bild über Flüchtlinge und fordert undifferenziert eine Beschleunigung der Asylverfahren. Ein weiteres CDU-Rezept gegen den behaupteten Missbrauch des Asylverfahrens ist die Vereinheitlichung der Abschiebep Praxis. Dazu gehört trotz posttraumatischen Belastungsstörung abgeschoben zu werden, sowie die Einrichtung von sogenannten Ausreisezentren.

Diese Partei steht für eine tödliche Abschiebepolitik wie dies insbesondere in Hamburg zu beobachten ist. Hamburg hat, als erstes Bundesland, mit den Rückführungen von afghanischen Flüchtlingen angefangen. Es sind 5000 Afghanen und Menschen aus Iran oder Togo, die eine Duldung haben, und jederzeit damit rechnen müssen abgeschoben zu werden in ein Land, wo noch Krieg herrscht.

Politiker der CDU, z.B. der Innenexperte dieser Partei im Hamburg, kritisierten im Mai dieses Jahres, dass die Zahl der geplanten Abschiebungen von Afghanen(300 pro Jahr) zu wenig sei und forderte „mehr Konsequenz bei den Abschiebungen“. Der CDU-Politiker Karl-Heinz Warnholz forderte eine Änderung des Asylrechts – damit niemand nach langem Aufenthalt am Tag der Rückführung noch einen Asylantrag stellen könne.

Die Liste ist unendlich, aber wir sind heute hier um zu fordern:

Schluss mit solchen rassistischen Kampagnen gegen Flüchtlingen und MigrantInnen!!

Wir haben auch Rechte, für diese wir heute und überall kämpfen werden!!!

Bleiberecht für alle!!!

Stopp Abschiebungen!!

## **Linkspartei.PDS**

Die WASG und PDS halten zwar in ihren Wahlprogrammen humanistische Sprüche hoch, aber in der Praxis passen sie sich der sog. Realpolitik an. Dort wo sie an der Macht sind, zeigt die PDS ihr wahres Gesicht.

Als Senatspartei in Berlin setzt auch sie diskriminierende Massnahmen wie Abschiebehaft, Gutschein- und Chipkartensystem, Kettenduldungen und natürlich auch Abschiebungen um. Als eine Errungenschaft im aktuellstem Integrationskonzept des Berliner SPD/PDS-Senats wird angekündigt: „der Senat berät schon vor Ankündigung oder Durchführung einer Abschiebung,,.

Private Wohnmöglichkeiten werden aus finanziellen Gründen verwehrt: Es heisst: „so muss die Mietwohnung jeweils preisgünstiger als die Heimunterbringung sein.“ Dass ein Wohlbefinden der Flüchtlinge spätestens aus finanziellen Gründen keine Priorität hat, wird offensichtlich auch von der PDS akzeptiert. Sowohl Sozialleistungen in Bar als auch sonstige menschlichere Lebensbedingungen können immer mit dem Begriff „Selbstschuld“ eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Denn dieses Zauberwort wird im dem Integrationskonzept des Senats vom August 2005 wie folgt formuliert: „soweit nicht Geduldete oder vollziehbar Ausreisepflichtige lediglich zur Erlangung einer Leistung eingereist sind oder bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können.“

Fremdenfeindliche Sprüche des Spitzenkandidaten Lafontaine von der WASG sind keine Ausrutscher. Auch die Kandidatur eines Türkei-Lobbyisten wie Hakki Keskin, für den die Belange der Flüchtlinge keine Rolle spielen, ist ein schlimmes Zeichen.

Wir sagen dazu:

Links sein misst sich an der Praxis, und nicht an leere Worte !!

Schluss mit diskriminierenden Massnahmen auch in Berlin!!

Schluss mit Hetzparolen!!

Abschaffung der Abschiebehaft und Sammelunterkünfte!!!

Abschaffung von Gutschein und Chipkartensystem

Stop Abschiebung jetzt sofort!!!